

Daniel Eckert: Finanzexperten kritisieren Scholz-Pläne als „Gift“ für Sparer

Anlegerschützer laufen Sturm gegen die Pläne von Finanzminister Scholz, eine Steuer auf Aktienkäufe und -verkäufe zu erheben. Sie bedrohe nicht nur die Vermögensbildung der Mittelschicht, sondern schade auch dem Standort Deutschland.

Der Proteststurm gegen die Steuerpläne von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) schwillt an. Nach der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) haben auch andere Anlegerschutz-Organisationen ernste Bedenken geäußert und einen Stopp der Pläne gefordert.

Die geplanten Belastungen würden die private Vorsorge und den Vermögensaufbau hierzulande beeinträchtigen, lautet die Kritik. Auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft drohe Schaden zu nehmen. Moniert wird zudem die soziale Unausgewogenheit: **Die Hauptbetroffenen seien normale Sparer aus der Mitte der Gesellschaft.**

„Die Maßnahmen richten sich vor allem gegen die Mittelschicht, also gegen all jene, die einen Teil ihres Einkommens sparen, um für das Alter oder schlechtere Zeiten vorzusorgen“, kritisiert Daniel Bauer, Vorstandsvorsitzender der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK) in München.

Bauer hält die Pläne von Scholz, der sich gerade um den Vorsitz seiner Partei bewirbt, für sozial unausgewogen. Die „sehr vermögende Schicht“ werde von den Maßnahmen nicht betroffen sein, viele Normalverdiener würden dagegen einen deutlichen Steuerzuschlag zu spüren bekommen.

Zuletzt waren Pläne des Finanzministeriums bekannt geworden, die steuerlichen Verrechnungsmöglichkeiten bei Totalverlust einzuschränken. Außerdem soll nach dem Willen des SPD-Politikers auch künftig der Solidaritätszuschlag auf Kapitalerträge erhoben werden, unabhängig vom Einkommen des Anlegers.

Den potenziell größten Einschnitt bringt aber die Finanztransaktionssteuer, die in Deutschland und einigen anderen Euro-Staaten als Steuer auf Aktienkäufe und -verkäufe eingeführt werden soll. Andere Finanzinstrumente bleiben davon ebenso verschont wie der spekulative Hochfrequenzhandel. Dem Deutschen Aktieninstitut (DAI) in Frankfurt bereitet die scholzische Aktiensteuer aus verschiedenen Gründen Sorge. Neben den Anlegern gehöre auch die deutsche Wirtschaft zu den Leidtragenden, fürchten die Experten.

In einem persönlichen Brief an den Bundesfinanzminister umreißt DAI-Präsident Hans-Ulrich Engel die negativen Folgen so: Die Altersvorsorge mit Aktien werde erschwert und die Bereitstellung von Kapital über die Börse gefährdet. Zugleich verteuerten sich Mitarbeiterbeteiligungsprogramme. „Sparer, Kleinanleger und Mitarbeiteraktionäre werden zur Kasse gebeten, und die Unternehmensfinanzierung über die Börse wird unattraktiver“, warnt Engel. Das alles sei Gift für den Finanzstandort Deutschland.

Aus Sicht des DAI-Präsidenten schadet die Aktiensteuer nicht nur den rund zehn Millionen Aktionären in der Bundesrepublik, sie beschneidet auch die Möglichkeit, das deutsche Rentensystem mit Aktien zukunftsfest zu machen. „Deutschland muss aufgrund des demografischen Wandels verstärkt auf Aktien in der Altersvorsorge setzen, um die jüngeren Generationen zu entlasten“, heißt es in dem Schreiben an Scholz. Die geplante Abgabe konterkariere all das. Engel fordert daher: **„Keine Aktiensteuer, Herr Scholz!“**

Dividendenpapiere gelten als die langfristig renditestärkste Form der Geldanlage, Anlageexperten bezeichnen Börseninvestments als den Königsweg zum privaten Vermögensaufbau. Auf Sicht von 30 Jahren haben die Standardwerte des Deutschen Aktienindex (Dax) einen jährlichen Ertrag von knapp sieben Prozent erbracht, wie aus Daten des Finanzinformationsdienstes Bloomberg hervorgeht – allerdings vor Steuern und Abgaben.

Aktiensteuer würde Privatanleger vertreiben

Für die ohnehin nicht sehr gut entwickelte Anlagekultur könnten die Steuerpläne aus dem Hause Scholz eine neue Verzerrung bedeuten, fürchten die Experten. SdK-Mann Bauer geht davon aus, dass die Finanztransaktionssteuer viele Privatanleger in Derivate treiben wird, die nicht von der Abgabe erfasst sind und deren Kosten verglichen mit einem Direktinvestment in Aktien geringer erscheinen.

„Das gilt vor allem dann, wenn künftig der Steuersatz der Finanztransaktionssteuer erhöht werden sollte. Die Gewinner wären dann aufseiten der Emittenten von Zertifikaten und Ähnlichem zu finden“, sagt der Anlegerschützer. „Damit würde Herr Scholz zum Förderer der Finanzindustrie aufsteigen und genau die Produktkategorie auch noch fördern, die in der Finanzkrise im Mittelpunkt stand.“

Ein weiterer negativer Effekt der Scholz-Steuer wird ebenfalls diskutiert: Unternehmen könnten sich dazu veranlasst sehen, statt Aktien und damit Eigenkapital künftig eher Fremdkapital in Form von Anleihen oder Genussscheinen zu begeben. Da Fremdkapital nicht von der Aktiensteuer erfasst ist, steigt für Privatanleger der Anreiz, diese Instrumente stärker nachzulegen, die sie zu Gläubigern machen, aber eben nicht zu Eigentümern.

„Privatanleger hätten aufgrund gestiegener Kosten weniger Rendite. Und der Fiskus würde in diesem Falle auch die erhofften Einnahmen nicht generieren“, moniert der SdK-Vorstandsvorsitzende. Am Ende hätten alle den Schaden, außer Anbieter spezieller Finanzprodukte.

Engel äußert ähnliche Bedenken: „Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen und vor allem die Herausforderungen der Digitalisierung zu bewältigen, brauchen Unternehmen Zugang zu Kapital. Der Börsengang ist hier das Mittel der Wahl“, schreibt er. Nur durch einen besseren Zugang zu Kapital werde es gelingen, Wachstum, Innovation und Beschäftigung in Deutschland zu sichern. **„Eine Aktiensteuer weist in die völlig falsche Richtung.“**

Zwar könnte die Höhe der Abgabe nach französischem Vorbild anfangs bei 0,3 Prozent pro Transaktion liegen, jedoch zeigt die Erfahrung, dass solche Steuern schnell erhöht werden. Frankreich hat seine Aktiensteuer schon gut vier Jahre nach Einführung 2012 um die Hälfte angehoben.

Bauer vermutet, dass die Einnahmen für den Staat nach Abzug der für die Erhebung notwendigen Kosten marginal sein werden. Die Motive für die Einführung der Steuer seien politisch: „Es handelt es sich wohl eher um **ein ideologisch motiviertes Vorgehen**, um Wahlversprechen einzuhalten und der potenziellen Wählerschaft aufzuzeigen, dass man ‚die Reichen‘ auch zur Kasse bittet“, kritisiert der Anlegerschützer.

Im Ministerium habe man offensichtlich kein Interesse daran, dass die Bürger in großer Zahl erfolgreich am Kapitalmarkt agieren. „Das würde ja die Eigenverantwortlichkeit fördern und den Bedarf an zukünftigen Wahlkampfgeschenken mindern und somit den Einfluss der Politik marginalisieren“, vermutet er.

Unterdessen hat die DSW eine Unterschriftenaktion gegen die Steuerpläne gestartet. **„Der Bundesfinanzminister attackiert die private Vorsorge gezielt und wiederholt“**, sagt DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler. Es sei Zeit, sich gegen den **„Steuerwahnsinn“ des SPD-Ministers** zu wehren.

Zum einen würden die Maßnahmen die gewünschten Effekte gar nicht erreichen, die Spekulation einzudämmen und Finanzkonzerne an den Kosten möglicher Krisen zu beteiligen. Zum anderen würden rechtlich höchst umstrittene Signale gesetzt, die die Eigeninitiative zur privaten Altersvorsorge im Keim ersticken – zum Nachteil ganz normaler Sparer aus der Mittelschicht. Bis zum Wochenende hatten bereits rund 5500 Menschen die Online-Petition „Stoppt den Steuerirrsinn!“ unterzeichnet.

Quelle: <https://www.welt.de/finanzen/article199904862/Aktiensteuer-Finanzexperten-kritisieren-Plaene-von-Olaf-Scholz.html> vom 09.09.2019 (**Gelb** hinzugefügt)